DM 1,-

DER BREMER ANTIFASCHIST

Landesverband der VVN/Bund der Antifaschisten Bremen e.V.

Januar 01/2001

Antifaschismus ist weiterhin gefragt

Liebe Kameradinnen und Kameraden, liebe Freundinnen und Freunde, zum Jahreswechsel wünscht der Bremer Landesvorstand der VVN-BdA Euch allen viel Kraft und Gesundheit für die kommende Zeit.

Wir haben ein gutes Stück Arbeit vor uns, soll nicht die Jagd auf Minderheiten zum Kern der Leitkultur in unserem Lande werden. In Bremen erleben wir dieser Tage aus den Reihen der CDU, wie vor acht oder neun Jahren erfolgte Ablehnungen von Asylanträgen durch das Verwaltungsgericht zum Zeitungsfutter verarbeitet werden, um die Überwachung missliebiger Teile der Bevölkerung einzuleiten.

Mit flächendeckender Videoüberwachung öffentlichen Raums, mit verdachtsunabhängiger Personenkontrolle, mit raum- und zeitbedingtem Platzverweis sollen Jugendliche, Arme und Farbige aus dem Stadtbild verdrängt werden. Großfamilien, die seit 12 Jahre lang unbehelligt in unserer Mitte wohnen, sollen nun in ein Land abgeschoben werden, in dem sie nie zuhause waren, nur weil man sie in ihr Herkunftsland nicht zurückschicken kann. Bremen rühmt sich, dass Neofaschisten hier bisher kaum nennenswert aufgefallen seien. Aber der Anschlag auf ein Flüchtlingsheim in Schwachhausen hat sich ereignet, längst bevor Hoyerswerda, Rostock, Mölln und Solingen zum Begriff für Menschenjagd und Menschenverachtung wurden.

Mehrfach haben in den letzten Jahren Neofaschisten die Scheiben unseres Büros beschmiert, beklebt oder eingeschlagen. Mehrfach fand sich unsere Adresse in der Zielvorgabe der Anti-Antifa im Internet. Nicht nur wir alleine sind Angriffsobjekt von Hasstiraden seitens neofaschistischer Militanter. Dies verpflichtet uns, verstärkt aufzuklären über die Grundlagen ihres Denkens und über ihr Handeln, die Hintermänner, ihre Verbindungen. Dazu gibt es in Kürze eine erneuerte und aktualisierte Ausstellung, die wir mit den Gewerkschaften in Schulen und Betrieben anbieten. Dazu brauchen wir natürlich aktive Mitglieder, die bereit sind, die Ausstellung zu begleiten.

Die Entschädigung der Zwangsarbeiter ist bislang wenig vorangekommen. Die bundesdeutsche Industrie verweigert nach wie vor die Bereitstellung ihres Anteils an den notwendigen Stiftungsgeldern. Aufklärung über das Schicksal konkreter Betroffener, Nennung der Namen Bremer Firmen, die sich verweigern, Rundgänge durch Plätze, an denen sich Zwangsarbeiterlager befanden, das wird uns weiter beschäftigen.

Verstärkt werden wir uns der Frage der Vermittlung an eine nachrückende Generation widmen müssen. Vor uns steht die Frage der Zusammenführung der antifaschistischen Vereinigungen in Ost und West. Im Laufe des vor uns stehenden Jahres sollen die noch offenen Fragen geklärt werden. Die Nordkonferenz trägt dazu bei. Klarheit und eine gemeinsame Sprache zu finden. Gedenkveranstaltungen wie zum 04. Februar und 09. September sowie Ausstellungen wie Mitte Januar in der Villa Ichon (Ein Brief an Debbie) oder Mitte November zum Nationalkomitee Freies Deutschland lassen den Zusammenhang von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft enger zusammenrücken. Wir sind gefordert, das Zusammenwirken verschiedener Medien wie Vorträge, Filme, Musik, Ausstellungstafeln, Lesungen zu proben. Dazu brauchen wir die Kraft und die Mittel, dies alles zu verwirklichen.

Raimund

Nordkonferenz in Seppensen

Vom 19. bis zum 21. Januar 2001 findet in Seppensen/Buchholz die Nordkonferenz statt. Ausrichter ist die VVdN-BdA Mecklenburg-Vorpommern.

Freitag, der **19. Januar** ist Anreisetag von auswärts.

Am Sonnabend ist bis ca. **09:30 Uhr** Anreise für die Teilnehmer aus der Nähe. Ab **10:00 Uhr** ist vorgesehen, dass u.a. Thomas Willms (Neofaschismus-Kommission der VVN-BdA) ein Referat zur Lage der Rechtsparteien, dem NPD-Verbot und seinen Folgen hält. Nicht ausser Acht bleibt die Frage, welche Bevölkerungsschichten von ihnen erreicht werden sollen.

Nach der Mittagspause erfolgt eine Aussprache des Referats und die Abschatzung der Teilnehmer in ihren Landesorganisationen. Die Aussprache wird nach der Kaffeepause fortgesetzt.

Sonntag, der 21.01. steht im Zeichen des Gedenktages für die Opfer des NS-Regimes am 27. Januar sowie des 63. Jahrestages der Machtübergabe an Hitler.

Wie kann dem grassierenden Neofaschismus und Rechtsradikalismus Einhalt geboten werden und was können wir dazu leisten. Grundlage bilden die Thesen von Prof. Ludwig Elm.

Diskutieren möchten wir auch über die Vorbereitung des Zusammenschlusses der VVN-BdA und der VVdN-BdA.

Teilt uns (Tel. 382914 - Fax 382918) bitte mit, wer teilnehmen will.

Ehrenmitgliedschaft

Vielfach wurde der Wunsch an uns herangetragen, eine demonstrative Form von Zugehörigkeit zu unserer Organisation zu ermöglichen. Es sind vor allem im Ausland lebende ehemalige Zwangsarbeiter, die nach Bremen verschleppt wurden, sowie ihre Hinterbliebenen und Angehörigen. Soweit sie unsere Einschätzungen teilen, in Form von Ansprachen, Vorträgen, Artikeln auf ihre Lebensgeschichte bzw. die Leiden ihrer Angehörigen aufmerksam gemacht haben, in unserer Satzung gibt es keinerlei Aussagen zu Ehrenmitgliedschaften. Sie sind weder ausgeschlossen noch vorgesehen, also steht dem nichts entgegen. Im Vorgriff sollte der Landesvorstand dennoch einigen die Ehrenmitgliedschaften ermöglichen und den betreffenden Kameralinnenen und Kameraden das mitsamt einer Urkunde mitteilen.

Der Landesvorstand

Extremistischer Rassismus im Internet

Als Erfolg konnte die VVN-BdA in den vergangenen Monaten verbuchen, dass die NPD mehrmals daran gehindert werden konnte, eigene Werbeseiten ins Internet zu stellen. In den USA dagegen gehen Faschisten unterschiedlicher Tendenz sehr viel ungehinderter mit dem neuen Medium um. Es sind nicht immer nur die konventionellen faschistischen Vorstellungen, die auf ihren Seiten zu finden sind. Das belegt die Diplomarbeit von Christian L. vom Februar letzten Jahres, die er uns im Dezember vorstellte. Darin untersucht er die Widerspiegelung rassistischen Denkens und daraus hervorgehende Aufforderungen zur "Aktion der Tat" in Selbstdarstellungen und Mailforen, die der rechtsextremen "Szene" als Grundlage für ihre Aktivitäten dienen. Der extremistische Rassismus unterscheidet sich in mehrerlei Hinsicht von traditionellen Formen des Rassismus. Der nämlich hält die USA für ein System, das vom "rechten Weg" abgekommen ist, aber grundsätzlich erhaltenswert ist. Die Rückkehr zu einem früheren Stadium des Unterdrückungssystems, zum Abbau der Bürgerrechte, wird seitens der extremistischen Rassisten nicht mehr gefordert, sondern eine völlige Zerschlagung des "Systems". Die vollständige Trennung der "Rassen" hat die Idee der "Vorherrschaft der Weißen" ersetzt. Die Rassenfrage tritt in den Vordergrund und überbrückt die Gegensätze in der "Szene".

Als zentraler Faktor für die Identität extremistischer Rassisten gelten alle Angehörigen der "weißen Rasse", unabhängig von Pass, Sprache, Kultur oder Religion. Ihr Fortbestand und ihre Sicherheit werden global wie national als äußerst gefährdet betrachtet. Unkomplizierte Antworten auf soziale, politische und wirtschaftliche Grundfragen, die scharfe Abgrenzung gegen Mischehen, erhöhen ihre Attraktivität für Randgruppen. So unbedeutend diese "Szene" eingeschätzt werden mag, ihr Gewaltpotential ist erheblich. Der Übergang zum "christlichen Fundamentalismus" ist fließend. Unter Berufung auf das "Naturgesetz" wird der "Verschwörung" einer "jüdischen Elite" und "weißen Verrätern" der Kampf bis zur Vernichtung angesagt.

Bekannt ist, dass bundesdeutsche Neofaschisten gerne die Unterstützung amerikanischer Freunde in Anspruch nehmen. Ihre Konzepte könnten langfristig auch bei uns Mode werden. Daher erscheint es nicht unwichtig, sich schon heute darüber Gedanken zu machen, wie einer Anti-Antifa auf extremistisch-rassistischer Basis begegnet werden kann.

Raimund

Personalnotstand

Seit Ende Januar diesen Jahres überschlagen sich die Meldungen in Anzeigenblättern und Tageszeitungen, wonach 531 libanesische Bürgerkriegsflüchtlinge, darunter zur Hälfte Kinder und Jugendliche, gar keine Libanesen seien, zu Unrecht Sozialhilfe kassierten, allesamt von der Polizei wegen "Organisierten Asylmissbrauchs" und somit als kriminell zu verfolgen seien. Für "gesellschaftspolitisch bedenklich" hält es der Rechnungshof, wenn die Zahl der Abschiebungen "auf ein Minimum" sinkt, denn das belaste den Sozialetat. Staatsrat Kuno Böse räumt immerhin ein, dass "humanitäre Gründe" ein wirkliches Abschiebehindernis darstellen.

Dies sieht er aber nicht als gegeben an bei der Gruppe der kurdischen Libanesen, deretwegen er das Sozialressort zur Einstellung jeglicher Unterstützung auffordert. Es geht um Bürgerkriegsflüchtlinge, deren Eltern aus Angst vor Massakern der türkischen Armee in den Libanon geflohen waren, die zum Teil in palästinensischen Flüchtlingslagern unterkamen, die den Einmarsch der israelischen und der syrischen Armee in den Libanon miterlitten, danach in die Auseinandersetzungen zwischen rivalisierenden Milizen gerieten. Viele wählten den Weg in die Türkei, wobei sie und ihre Familie in die Auseinandersetzungen zwischen der türkischen Armee und der PKK gerieten.

Aus Besorgnis um das Schicksal ihrer Kinder und aus Furcht, erneut Opfer eines Massakers zu werden, wählten sie vor 13 Jahren den Weg nach Deutschland. Ihre Anträge auf politisches Asyl wurden regelmäßig abgelehnt. Bislang wurde ihr Aufenthalt durch Gerichte und Behörden aus gutem Grunde hingenommen, die Eltern waren oft krank, Opfer von Folterungen, traumatisiert.
Inzwischen sind viele ihrer Kinder hier geboren, die älteren von ihnen haben die Schule durchlaufen, werden erwachsen und suchen Arbeit, um ihre pflegebedürftigen Eltern versorgen zu können. Jetzt sollen sie die nächsten Opfer einer verschärften Sperpolitik werden, der bald eine große Zahl weiterer Bremerinnen und Bremer folgen werden, arm, alt, kinderreich, krank oder sozialhilfebedürftig, wenn das so hingenommen wird.

Tiefe Besorgnis über die Abschiebungspolitik des Bremer Innenressorts hat die Bremer VVN-BdA zu einem Brief an Bürgermeister Henning Scherf bewogen. Unmittelbar von der Abschiebung bedroht sind die volljährige und in häuslicher Gemeinschaft mit den Eltern Süleyman und Kevkap Aydin lebende Tochter Peyrüze (geb. 10.11.1979) und ihr Sohn Ramazan (geb. 06.05.1982). Beide Eltern sind aus gesundheitlichen Gründen nicht dazu in der Lage, ihren Lebensunterhalt eigene Erwerbstätigkeit sicherzustellen, der Vater Süleyman leidet heute noch an den Folgen eines Steckschusses und ist herz- und nierenkrank. Peyrüze Aydin obliegt seit Jahren die Versorgung des gemeinsamen Haushalts und die Betreuung der jüngeren Geschwister sowie die Begleitung der schwerkranken Eltern zu Arztbesuchen. Eine Teilzeitbeschäftigung könnte zur Entlastung der finanziellen Situation beitragen, vorausgesetzt der aufenthaltsrechtliche Status ließe dies zu. Ihr Bruder Ramazan besucht derzeit die Berufsschule und könnte zum Unterhalt der Familie beitragen, falls ihm gestattet wäre, ein Ausbildungsverhältnis einzugehen.

Die neuerliche Kriminalisierung der Kinder und ihrer Eltern erweckt den Anschein eines gezielten politischen Wahlkampfmittels, um Stimmungslagen zu erzeugen, eine Verlagerung der Stammtischebene in die Politik. Die zeitweise zur Flucht genutzten türkischen Pässe werden nunmehr nach 12-13 Jahren zum Mittel, eine Abschiebung zu forcieren. Inzwischen überprüft nicht einmal mehr das Verwaltungsgericht, ob Familien vor ihrer Flucht ursprünglich im Libanon lebten. Versucht wird nun, die Türkei zur Rücknahme kurdisch-libanesischer Familien zu bewegen. Wir fordern den Bremischen Senat auf, im Bundesrat die Initiative zu einer bedingungslosen Altfallregelung zu ergreifen, die geduldeten Flüchtlingen das dauerhafte Bleiberecht ermöglicht.

Raimund

Zahlungsmoral?

Die Entschädigung der Zwangsarbeiter ist auch im neuen Jahr noch lange nicht gesichert. Noch immer verweigert die deutsche Industrie der Stiftung der deutschen Wirtschaft die Zahlung von über 1,5 Milliarden DM. Sie wollen gerade für Banken und Versicherungen mehr Rechtssicherheit.

In Bremen haben sich nach der Kontraste-Sendung am 09. November, drei der vier Unternehmen (Atlanta AG [Umsatz 4,0 Mrd. DM], die DSR Senator Lines GmbH [Umsatz 2,3 Mrd. DM] und die Zechdach eG [Umsatz 2,1 Mrd. DM]) mehr zähneknirschend als überzeugt zu ihrer Verantwortung bekannt. Jetzt stehen die Stahlwerke Bremen GmbH (Umsatz 2,1 Mrd. DM) als die da, die nicht in den Stiftungsfonds eingezahlt haben. Der öffentliche Druck muss noch erhöht werden.

Raimund

Partigiani - Ein voller Erfolg

Vom 03. bis 24. November war im Staatsarchiv Bremen die Ausstellung "Partigiani" zu sehen. Mit Bilddokumenten und zweisprachigen Texten erinnerte sie an die italienische Partisanenbewegung. Beginnend mit dem italienischen Kriegseintritt 1940 werden die Gründe für die Entstehung der Partisanenbewegung erläutert.

Die faschistische Realität des Italiens der vierziger Jahre mit ihrem kümmerlichen Lebensstandard, die Misserfolge der schlecht ausgerüsteten italienischen Armee, was schließlich zum Zusammenbruch des Mussolini-Reimes führte, die Besetzung und vor allem die Ausbeutung Italiens durch die faschistischen Deutschen und ihre italienischen Helfershelfer waren Gründe genug, zu den Waffen zu greifen.

Die durch die Faschisten verübten Verbrechen werden in ihrer Gesamtheit und anhand einzelner Beispiele sehr gut dokumentiert. Das Massaker von Marzabotto, das uns allen durch die Arbeit der Friedensschule Bremen-Nord bekannt ist, wurde dabei hervorgehoben. Hervorragend wird auch die Zersplitterung der Partisanen dargestellt. Nicht nur Kommunisten und Sozialisten aller Spielarten, auch Anarchisten und italienische Patrioten gründeten eigene, kaum miteinander vernetzte Partisanengruppen. Einigen von ihnen gelang es für kurze Zeit ganze Regionen zu befreien und zu verwalten, doch Wehrmacht und italienischen Faschisten gelang es, solche befreiten Inseln wieder zu zerstören.

Das Foto zeigt die italienische Widerstandskämpferin Giacomina Castagnetti (zweite von links) und ihre Dolmetscherin im Gespräch mit Walter Franke, Thomas und einem weiteren Antifaschisten im Cafe Grün

Die Ausstellung stellte die unterschiedlichen Partisanenverbände und ihre Motivation vor und scheut sich auch nicht die Auseinandersetzungen zwischen diesen Gruppen, die zum Teil auch militärisch geführt wurden, zu präsentieren. Auch die Bevorzugung von bürgerlichen gegenüber kommunistischen Verbänden durch die westlichen Alliierten wird berücksichtigt. Die Ausstellung zeigt auch kurz, wie die Italiener nach 1945 die Partisanenbewegung bewerteten. Direkt nach dem Kriege diente sie vielen Italienern als Deckmantel für ihre Verstrikkung mit dem oder ihr Schweigen im Faschismus. Im Zeichen des Antikommunismus war sie verpönt und nur von den Kommunisten hochgehalten. Heute erinnert man aus mehr oder minder ehrlicher Überzeugung wieder an sie.

Abschließend muss ich sagen, dass "Partigiani" mir sehr gut gefallen hat. Ich vermisste allerdings etwas zum Thema antifaschistischer Widerstand vor der deutschen Besetzung Italiens, doch dies war auch nicht Thema der Ausstellung.

Es ist jedenfalls gelungen die Partisanen in ihrer Vielschichtigkeit darzustellen und ihnen den ehrenvollen Platz einzuräumen, der ihnen in der europäischen Geschichte gebührt. (Weitere Infos unter: http://www.istoreco.re.it/indeu.htm)

Ulrich St.

Wo die Politik noch wahres "Vorbild" ist

Als Hunderttausende demonstrierten forderte Bundespräsident Johannes Rau in einer flammenden "Predigt" glaubwürdige Vorbilder für die Jugend.

Wie weit Wort und Tat voneinander entfernt sind, zeigt der Fall des CDU-Kreistagsabgeordneten Heinz Eckhoff (77) aus Apensen im Landkreis Stade. Der ehemalige Waffen-SS-Mann und NPD-Kandidat für den Kreistag hat am 13. November 2000 das Bundesverdienstkreuz wegen herausragender Kommunalarbeit erhalten. Die CDU hat wieder einmal keine Probleme mit der Würdigung von Nazis. Das Bundespräsidialamt weist alle Vorwürfe von sich.

Die Verleihung sei bereits im August erfolgt und jetzt folge lediglich noch die Übergabe. Es hat offensichtlich keine Überprüfung der Person stattgefunden. Die Sprecherin des Bundespräsidialamtes schiebt den Schwarzen Peter an die Niedersächsische Staatskanzlei weiter. Dort war anscheinend weder die NPD- noch die SS-Vergangenheit Eckhoffs bekannt. Ob er trotzdem den Orden verliehen bekommen hätte, ließ der Sprecher der Landesregierung offen. SPD und Grüne protestieren wenigstens. "Was für eine Botschaft geht an die Jugendlichen und ins Ausland?" meinte Rebecca Harms, Fraktionsvorsitzende der Grünen im Niedersächsischen Landtag.

Mehr als 50 Jahren nach Ende des Hitlerregimes drücken sich immer noch viele Firmen vor der Verantwortung ihrer Entschädigungszahlungen, gleichzeitig wird einem früheren Angehöriger einer KZ-Bewacher-Organisation der höchste Orden an die Brust geheftet.

Da war der 63-jährige Himmelpfortener Lehrer und Musiker Jürgen Trentepohl wesentlich konsequenter. Er sollte am 15. November ebenfalls das Bundesverdienstkreuz verliehen bekommen. Mit dem Hinweis, dass zwei Tage zuvor dem NPD- und SS-Mann Eckhoff die gleiche Ehre zuteil wurde, lehnte er die Auszeichnung ab.

Eckhoff zog als Parteiloser 1968 für die NPD für zwei Jahre in den Kreistag ein und konvertierte 1970 zu den Christdemokraten. Er war lange Zeit Bürgermeister der Gemeinde Apensen, nahe Buxtehude. Die CDU verteidigt die Verleihung mit den Phrasen: *"Eckhoff sei nie Mitglied der NPD gewesen und man müsse auch Politikern die Chance geben, ihre Fehler zu korrigieren"* ist im Hamburger Abendblatt zu lesen. Außerdem habe er nie einen Rang innerhalb der SS bekleidet.

In der Lokalpresse geht die CDU noch einen Schritt weiter und wagt die These: Dass er zur CDU übergetreten sei, zeige, dass er "nicht rechtsradikal" sein kann. "Läuterung ist doch was Gutes" sagt der Fraktionsvorsitzende Dammann.

Gerold

Wer war Agnes Miegel?

Auch Bremen reiht sich ein in die unrühmliche Phalanx der Städte, die Agnes Miegel würdigen. Die Ehrenbekennungen heißen: Straße, Weg oder Platz; sogar Schulen sind nach ihr benannt worden. In Habenhausen trägt eine Straße ihren Namen und zwar ausgerechnet neben der Kästnerstraße und dem Berthol-Brecht-Weg.

Doch wer war Agnes Miegel? Kennen werden sie nur wenige eingefleischte Literaturkenner und die Mitglieder der "Landsmannschaft Ostpreußen". Denn besonders dort ist sie hoch angesehen und wird immer noch liebevoll "Mutter Ostpreußens" genannt. Eine wirklich differenzierte Auseinandersetzung mit ihrem Werk steht allerdings noch aus. Sie wurde am 9. März 1879 in Königsberg geboren und starb am 26. Oktober 1964 in Bad Salzuflen. In der Zeit von 1920-26 war sie bei der "Ostpreußischen Zeitung" für das Feuilleton zuständig. Miegel schrieb vor allem Erzählungen und Lyriken über ihre Heimat Ostpreußen. Nicht nur tief verwurzelt in ostpreußischen Boden war Agnes Miegel, sondern auch vom christlichen Weltbild geprägt. Schon in den 20er Jahren war sie bei den konservativen Zeitgenossen hoch angesehen.

Konfirmanden der Evangelische Gemeinde Gröpelingen gedachten am ehemaligen jüdischen Altenheim (Rosenak-Haus) der Opfer der Pogromnacht vom 09.11.1938.

Bereits 1933 wurde sie Mitglied in der nazistischen "Deutschen Akademie der Dichtung". Und während der NS-Zeit überhäufte man sie mit Ehrungen, bekannte sie sich doch immer wieder in der Öffentlichkeit zum NS-Staat. Von ihr stammen glorifizierende Hymnen auf Adolf Hitler wie z.B.: *"Neid hat er und Bruderhass gestillt. Unsere Herzen, hart von Not und Krieg, hat mit seinen glühenden, glaubensvollen Worten er durchpflügt wie Ackerschollen, bis ein neuer Frühling auf uns stieg"*.

Der 08. Mai 1945 war keineswegs das Aus für die Schriftstellerin. In Bad Nenndorf, wo Agnes Miegel nach dem Krieg lebte, wurde sie sogar zur Ehrenbürgerin ernannt.

Wie wenig unbeleckt Miegel war, wird deutlich, wenn selbst im eher als konservativ einzustufenden Brockhaus-Enzyklopädie zu lesen ist: " (...) Sie griff Tendenzen der Heimatkunst auf und ließ Blut-und-Boden-Romantik und Sympathien mit den national-sozialistischen Ideen erkennen." Die Miegel-Biografin und -Freundin Anni Piorreck will uns hingegen glauben machen, dass dem nicht so sei wenn sie schreibt: *"Ohne das Agnes Miegel auch nur den geringsten Kontakt zum Nationalsozialismus gehabt hätte (...)"* oder *"Im Jahre 1937 trat Agnes Miegel in die N.S. Frauenschaft ein und wurde 1940 von da aus in die NSDAP überwiesen."* Die NS-Frauenschaft verstand sich als Elite, denn in die NSDAP wurden nur rassisch und sozial "wertvolle" Frauen aufgenommen. Sie nahm unter den faschistischen Frauenorganisationen eine maßgebliche Rolle ein.

Auch Inge Hartmann, Autorin des in Leer/Ostfriesland gedruckten "Ostpreußenblattes" und Claqueurin der "Agnes-Miegel-Schule" in Wilhelmshaven, zittert die Feder, wenn sie über das schwere Schicksal der Flucht Miegels aus Ostpreußen schreibt, da die Rote Armee vor Königsberg steht. Ich vermisse den Hinweis warum die Rote Armee dort war, wenn auch nur den klitzekleinsten.

Die zum Dunstkreis der "Landsmannschaft Ostpreußen" gehörende und gut 700 Mitglieder umfassende "Agnes-Miegel Gesellschaft" veranstaltet Seminare zu Ehren von Miegel. Referentin war u.a. Dr. Beate Störtkuhl vom Bundesinstitut für ostdeutsche Kultur und Geschichte in Oldenburg. "Als einzige wissenschaftliche Einrichtung ist das Bundesinstitut auch nicht geographisch auf einen bestimmten Bereich gegrenzt (...)" (BMI, 1997)

Neben Wilhelmshaven gibt es noch in Düsseldorf, Duisburg, Osnabrück und Willich-Schiefbahn "Agnes-Miegel Sch...len".

Gerold

Eurofighter und die Kontinuität

Mensch, was haben wir für Geld, sagte ein Freund, als er den Bericht las, der Eurofighter werde noch teurer als bisher schon bekannt. Da sich diese teuerste Waffe aller Zeiten nicht einmal selbst schützen kann, will sie nämlich Rüstungsminister Scharping mit einem "Selbstschutz" ausrüsten! Natürlich einem hochmodernen und elektronischen und 2,56 Milliarden teuren. Wie erneut zu erkennen, steht auch die rotgrüne Regierung in der Kontinuität deutscher Geschichte. So heißt das positiv klingende Wort, mit dem die Minister Scharping und Fischer begründen, warum sie Waffenexporte fortsetzen und sogar in Krisenregionen liefern lassen.

Ach wie war es doch für uns Friedensbewegte schön, als SPD und Grüne noch in der Opposition waren! Da wurden Abrüstung gefordert und Verteidigungshaushalte gegeißelt, Waffenexporte galten als Sünde. Da protestierten wir zusammen mit roten und grünen Bundestagsabgeordneten vor dem Langen Eugen in Bonn gegen den Eurofighter. Jetzt wird er gebaut und soll noch teurer werden. Jetzt stehen nur noch die PDS-MdBs auf unserer Seite!

Die Sache sieht also so aus: erstens haben Kohl und Rühe, die beiden raffinierten Vorgänger, Verträge über die Mordgeräte geschlossen, an die man sich halten muss. Zweitens fühlen sich Schröder, Scharping und Fischer zuständig für die Kontinuität deutscher Regierungspolitik und das Gedeihen des Standorts Deutschland. Jetzt ist also Deutschland ohne Rüstungsindustrie wie Schröder ohne Zigarre. Und der Standort "D" ist auch ein Standort "W" (für Waffen).

DASA/Bayern baut den Eurofighter und Raketen, Wegmann/Kassel den Leopard, Lürssen/Bremen und Blohm&Voss/Hamburg Kriegsschiffe, Heckler&Koch/Oberndorf beliefert die ganze Welt mit Karabinern usw. Der Tod ist wirklich ein Meister aus Deutschland.

Ernst

Für eine Gedenkstätte in Bremen

Auszüge aus einer Ansprache zur Tagung Gedenkstattenkonzeption für den ehemaligen U-Boot-Bunker "Valentin" in Bremen-Farge am 22.11.2000

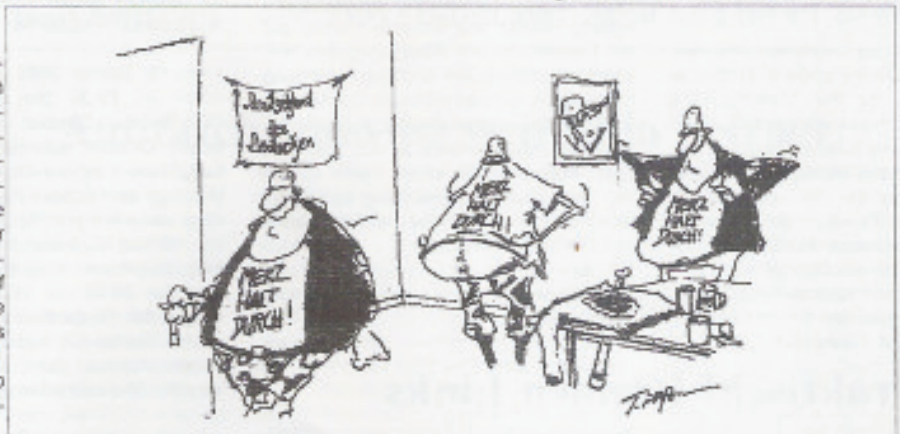
"(...) Nach solanger Zeit diskutieren wir erstmals offizieller eine Konzeption für eine evtl. Gedenkstätte U-Boot-Bunker Farge! (...)

Auf eine Einladung nach Bonn zum Tagesordnungspunkt Gestaltung von ehemaligen KZ-Lagern antwortete der Senat der Freien Hansestadt nur fünf Jahre nach Ende des Faschismus mit Fehlanzeige: In Bremen gab es keine Konzentrationslager!

Warum hatte Bremen wohl 1947 auf dem Osterholzer Friedhof einen Ehrenhügel für KZ-Opfer eingeweiht? Eben auch mit den exhumierten Toten aus dem Massengrab von Farge? Warum war gerade Bremen Ziel von über 170 alliierten Luftangriffen - im März 1945 auch auf Farge?

Bremen war eine Hochburg der Kriegsproduktion für rollende, fliegende und schwimmende Waffen! Bremen war daher auch eng vernetzt mit dieser Versklavung von Menschen aus ganz Europa! (...) Ohne wenn und aber, ohne falsche Tricks und Ausreden: Firmen wie Erich Lackner in Farge dienten nicht nur der Technik, sondern auch dem Größenwahn und der Menschenverachtung dieses "Großdeutschen Reiches". (...)

Vor 20 Jahren war Farge z.B. kaum ein Thema - in Bremen! In Hamburg in der KZ-Gedenkanlage Neuengamme war Farge (...) bereits in Stein eingemeiselt, Buchstabe für Buchstabe: F-A-R-G-E! Sollte hier wirklich nichts gewesen sein? (...) Seit 1981 gibt es in Neuengamme eine personell hauptberuflich besetzte und öffentlich zugängliche Gedenkstätte. (...) Seit 17 Jahren (...) gibt es das Mahnmal Vernichtung durch Arbeit von Fritz Stein vor dem Bunker und - endlich - einen Ort des Gedenkens für die ehemaligen Häftlinge und ihre Angehörigen - sowie für Farge und Umzu!



aus: Frankfurter Rundschau

Doppelt solange 2x17 Jahre seit 1966, nutzt die Marine Teile des Bunkers als Depot, das Heer Teile des Lager-Geländes als Standort und als Übungsplatz. (...)

Erste museale Präsentation auf bremischem Boden war das Deutsche Schifffahrtsmuseum in Bremerhaven - mit der Ausstellung der Fotos von Rüdiger Lubricht aus dem Buch "Fabrik für die Ewigkeit", nur etwas falsch verstanden: Es stellte gleich ein U-Boot Modell mit aus. (...)

Eine Verbindung zu den Arbeits- und Lebensbedingungen zum noch nah genug gelegenen ehemaligen Farger Lagerkomplex wird von diesem "Besuchermagnet Wilhelm Bauer" nicht gezogen (...)

Wir sind das einzige Bundesland ohne eine "richtige" Gedenkstätte - Bremen zwischen 1933 und 1945 findet so öffentlich nicht statt! (...) Die vielen Zeichen in Bremen - Gedenktafeln, Mahnmale, Kunst gegen Krieg und Faschismus sowie temporäre Ausstellungen - können das alles nicht ersetzen!"

Rainer Habel

Inkonsequent

Der Stadtteilbeirat Östliche Vorstand lehnte im Oktober den ursprünglichen Antrag der PDS ab, mit dem das Stadtamt aufgefordert wurde, dem Ortsamt "samtliche Anmeldungen von neofaschistischen und andere rechtsextremistischen Aktivitäten im Stadtteil" mitzuteilen. Die PDS-Fraktion hatte beantragt, neonazistischen Organisationen den öffentlichen Raum für die Verbreitung ihrer menschenfeindlichen Hetze zu verwehren. Ihre Informationsstände, Aufmarsche und Kundgebungen sollten nicht mehr genehmigt, offentliche Raume nicht mehr zur Verfügung gestellt werden.

Nach Einfügung der Ergänzung "und andere verfassungsfeindliche Organisationen" wurde der Antrag angenommen. Um der CDU entgegenzukommen, wird die neofaschistische Gefahr kleingeredet.

Raimund

Männer und Frauen des Widerstandes, Verfolgte und Opfer des NS-Regimes gründeten 1947 die "Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes". 1971 öffnete sie sich für jüngere Mitglieder als VVN-Bund der Antifaschisten. Sie hat sich als überparteiliche Bewegung zum Ziel gesetzt, eine neue "Welt des Friedens und der Freiheit" zu erringen.

- o Ich möchte mehr über die VVN-BdA wissen.
- o Ich bin bereit, einzelne Aktionen zu unterstützen und möchte informiert werden.
- o Ich möchte in die VVN-BdA eintreten.
- o Ich möchte den "Bremer Antifaschist" probeweise/regelmäßig beziehen.

Mich interessieren vor allem folgende Themenbereiche:

- o Einwanderer und Flüchtlinge
- o Neofaschismus
- o Frieden/Antimilitarismus
- o Geschichtsforschung
- o Erinnerungsarbeit

Name

Vorname

Straße

PLZ, Ort

Geb.-Datum

Bremen, den

Unterschrift

Bitte einsenden an:
VVN-BdA Bremen e.V.,
Bürgermeister-Deichmann-Str. 26,
28217 Bremen

Wieder einmal: Altmannshöhe

Unter dem Motto "65 Jahre Nazi-Denkmal sind genug!" hatte die VVN-BdA Bremen am Volkstrauertag (19.11.2000) zu einer Kundgebung auf der Altmannshöhe aufgerufen. Weder der Termin um 8 Uhr früh an einem Sonntag, noch das überaus erkältungsfördernde Wetter hinderten ca. 60 meist jugendliche TeilnehmerInnen.

Mit der Kundgebung wurde ein Gegenpol zu einer ganzen Reihe anderer Veranstaltungen gesetzt, die den Volkstrauertag (nicht nur) in Bremen traditionell zu einem politisch problematischen Tag machen. Nicht nur auf Veranstaltungen des Senats und des "Bundes der Vertriebenen" auf dem Osterholzer Friedhof, sondern auch der Bundeswehr und der Soldatenverbände präsentiert sich ein Mangel an historischer Einsicht.Der "Heimkehrerverband" trifft sich traditionell an ihrem Kriegsgefangenendenkmal unterhalb der Altmannshöhe, ganz zu schweigen von den Neofaschisten, die sich verschiedentlich der Anlage Altmannshöhe bemächtigen durften. Für die Neofaschisten war diesmal kein Platz und auch die "Heimkehrer" erlebten eine wenig besinnliche Kranzniederlegung. Auf unserer Veranstaltung gegen "Heldengedenken und Kriegsverherrlichung" wurde von Thomas Willms auf die Geschichte und Bedeutung des NS-Denkmals verwiesen und die Forderung nach einem Umbau erhoben. Jochen Kilig vom Gesamtpersonalrat des Öffentlichen Dienstes verwies darauf, dass es auch anders gehen kann, indem er von der Diskussion und Errichtung des Denkmals für die Opfer der NS-Psychiatrie beim ZKH Ost berichtete.

Mit Lesungen, Musik und Kaffee ließ sich ein langer, aber notwendiger Vormittag bestehen.

Thomas

Praktisch! Bremen Links

Auf ihrer Internet-Seite hat die VVN-BdA eine Link-Liste geschaltet. ("Links" sind direkte Übergänge zu anderen Internet-Seiten.) Unter den Rubriken "Parteien", "Linke Gruppen", "Gewerkschaften","Jugend", "Schwule/Lesben/Bisexuelle", "Information & Bildung" und "Institutionen" wird der unkomplizierte Zugang zu für linke Politik relevanten bremischen Internet-Seiten ermöglicht. Es wird ausschließlich auf die lokalen Gliederungen verwiesen und ist in dieser Breite die einzige derartige Seite. In ihrer politischen Breite entspricht unsere Link-Seite unserem Bündnisbereich. Da es nicht einfach ist, einen kompletten Überblick über vorhandene Seiten zu haben, ist es möglich, dass unsere Zusammenstellung noch nicht vollständig ist. Ergänzungsvorschläge für weitere Rubriken, einzelne Adressen und Änderungsanzeigen werden gerne entgegengenommen. Umgekehrt sähen wir es nicht ungern, wenn unsere "Link-Partner" auf unsere eigene Seite www.vvn-bda.de/bremen verweisen würden.

Hinweis: Für alle diese Links gilt, dass wir keinerlei Einfluss auf die Gestaltung und die Inhalte der gelinkten Seiten haben. Deswegen übernehmen wir auch keinerlei Verantwortung für Inhalt und Gestaltung dieser Seiten. Diese Erklärung gilt für alle auf unseren Internetseiten angezeigten Links und für alle Inhalte der Seiten, zu denen die bei uns eingerichteten Banner und Links führen.

"Der Bremer Antifaschist" ist die Zeitung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bremen e.V. (VVN-BdA).

Wir sind regelmäßig erreichbar in der Bürgermeister-Deichmann-Str. 26, 28217 Bremen
Tel.: 0421/38 29 14
Fax: 0421/38 29 18
E-Mail: vvn-bda.bremen@iname.com
Internet: http://www.vvn-bda.de/bremen

Montag: 17:00-18:00 Uhr
Donnerstag: 18:00-19:00 Uhr

Für unsere Arbeit werden dringend Spenden benötigt:
Die Sparkasse in Bremen
BLZ:29050101 - Konto-Nr.: 1031913
Wir sind vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt.

Antifaschistische Stadtrundgänge können entweder im Büro oder direkt unter 0421-61 12 62 (Willy Hundertmark) oder 0421-61 63 215 (Raimund Gaebelein) angemeldet werden.

Der Geschäftsführende Vorstand trifft sich montags von 18:00 - 19:30 Uhr.

Der Landesvorstand trifft sich an dem letzten Montag im Monat von 18:00 - 20:30 Uhr.

Die Sitzungen sind mitgliederöffentlich.

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Auffassung der Redaktion wieder.

Redaktionsschluß ist am 05. des Vormonats

V.i.s.d.P.: Willy Hundertmark (Ehrenvorsitzender)

Nachdruck ist mit Quellenangabe und Belegexemplar erwünscht!

Termine

- Im Rahmen des Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus zeigen wir in unserem Büro am **30. Januar 2001** um **19:00 Uhr** einen Dokumentarfilm über den Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher des Naziregimes in Nürnberg 1945/46. Im Anschluss an den 35 Minuten langen Videofilm ist eine Aussprache vorgesehen.

- Am **13. Januar 2001** wird in der Villa Ichon um **19:30 Uhr** die Ausstellung **"Ein Brief an Debbie - Ein amerikanischer Offizier schreibt aus Landsberg"** von Yardena Doing Youner aus Hastings on Hudson/USA eröffnet. Beiträge dazu bringen Yardena Doing Youner, Helmut Rieländer und Jörg Wollenberg. Die Ausstellung endet am **Samstag, den 24.02 um 19:30 Uhr. "Neue Wege der Gedenkstättenpädagogik"** ist das Thema des Abschiedsfestes mit Erinnerungen an das Ende vorm Bunker Valentin. **Weitere Infos gibt es im Büro.**

- Am Gedenktag der Befreiung von Auschwitz, dem 27. Januar 2001, gibt es eine Fahrt zu den Gedenkstätten für die "Kinder vom Bullenhuser Damm" und des KZs Neuengamme.
Anmeldung im Bürgerhaus Vegesack (Tel.: 650805; Fax 652256), Kosten 30,00 DM
Veranstalter ist die Internationale Friedensschule Bremen zusammen mit der Initiative "Blumen für Farge", dem SPD Ortsverein Farge-Rekum und dem Geschichtslehrpfad Lagerstraße e.V.,

08:00 Uhr: Abfahrt Bahnhof Vegesack
08:30 Uhr: Abfahrt ZOB Hauptbahnhof

ca. 10:00 Uhr: Besuch der Gedenkstätte und Ausstellung: "Die Kinder vom Bullenhuser Damm"
ca. 12:00 Uhr: Pause
ca. 14:00 Uhr: Besuch der KZ-Gedenkstätte Neuengamme
15:00 Uhr : Vortrag von Sandra Wachtel: "Die zweite Generation - die Nachkommen der Holocaust-Überlebenden"
ca. 17:30 Uhr: Rückfahrt

ca. 19:00 Uhr: Ankunft am ZOB
ca. 19:30 Uhr: Ankunft in Vegesack

Geburtstage im Januar 2001

Ingrid Franke	02.01., 61 J.
Uwe Kempf	25.01., 52 J.
Jörg Wollenberg	30.01., 64 J.

Herzlichen Glückwunsch allen Kameradinnen und Kameraden vom Landesvorstand